



Dezernat III	Az.	Datum 25.01.2007
--------------	-----	------------------

Nr. 039 / 2007

Betreff:

Aufgaben und Aktivitäten des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen der Stadt Mannheim

Betrifft Antrag/Anfrage Nr.	94/2005	Antragsteller/in:	SPD
	104/2005		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
	156/2005		CDU
	128/2006		CDU
	211/2006		Bunte Liste Mannheim
	345/2006		CDU

Beratungsfolge	TOP	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.
1. Sozialausschuss	03.00	07.02.2007	X	
2.				
3.				

Einladung an Bezirksbeirat/ Sachverständige

Finanzielle Auswirkungen ?

ja

nein

Finanzielle Auswirkungen (falls "ja": zumindest geschätzt):

1) Einmalige Kosten/ Erträge		
Gesamtkosten der Maßnahme		€
Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse usw.)	./.	€
Kosten zu Lasten der Stadt		€
		<hr/>
2) Laufende Kosten / Erträge		
Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand- (einschl. Finanzierungskosten)		€
zu erwartende Erträge	./.	€
jährliche Belastung		€
		<hr/>

Widder

Fürst-Diery

Am 29.06.2006 hat Frau Erste Bürgermeisterin Fürst-Diery dem Sozialausschuss Herrn Klaus Dollmann als neuen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen der Stadt Mannheim vorgestellt. Grundlage für die Errichtung der Stelle war das am 20.04.2005 beschlossene Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und zu beseitigen sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten, ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen und dabei ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Damit wurde den Anträgen Nr. 94/2005 der SPD, Nr.104/2005 von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, 156/2005 der CDU und Nr. 211/2006 der Bunten Liste Mannheim auf Einrichtung einer solchen Stelle entsprochen.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen wird im Wesentlichen folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Er ist direkter Ansprechpartner für alle Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige.
- Er ist Bindeglied zwischen den behinderten Menschen und der Verwaltung.
- Ihm obliegt eine Koordinierungsfunktion und eine Informationsaufgabe gegenüber Verbänden, Gruppen und Institutionen, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen gestalten.
- Und nicht zuletzt soll er Empfehlungen, Stellungnahmen und Berichte erarbeiten, die die Integration und Gleichstellung von behinderten Menschen in Mannheim voran bringen.

Organisatorisch wurde die Stelle dem Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren zugeordnet, da hier wesentliche Zuständigkeiten für behinderte Menschen gebündelt sind und ein unmittelbarer Einfluss auf die Gestaltung von Leistungen möglich ist.

Mit dieser Vorlage wird auch auf die beiden Anträge Nr.128/2006 und Nr. 345/2006 der CDU eingegangen.

Aufgaben und Aktivitäten des städtischen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen in Mannheim

Inhalt

1. Auftragslage
2. Organisation und Vernetzung der Stelle
3. Aufgabenprofil des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen
4. Aktivitäten des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen im Jahre 2006
5. Geplante Aktivitäten 2007

Anlagen

- Anlage 1: Antrag Nr. 94/2005 „Behindertenbeauftragte(r)“ der SPD
- Anlage 2: Antrag Nr. 104/2005 „Schaffung der Stelle eines/einer Beauftragten für Menschen mit Behinderung“ von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
- Anlage 3: Antrag Nr. 156/2005 „Umsetzung der Aufgabenstellung eines Beauftragten für behinderte Menschen“ der CDU
- Anlage 4: Antrag Nr. 128/2006 „FB 50: Leben mit Behinderung im Alter“ der CDU
- Anlage 5: Antrag Nr. 211/2006 „Behindertenbeauftragte(r)“ der Bunten Liste Mannheim
- Anlage 6: Antrag Nr. 345/2006 „Behindertenbeauftragte(r)“ der CDU

Aufgaben und Aktivitäten des städtischen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen in Mannheim

1. Auftragslage

Der baden-württembergische Landtag hat am 20.04.2005 das Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änderung anderer Gesetze beschlossen.

Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und zu beseitigen sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten, ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen und dabei ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Dies betrifft nach Ansicht der Landesregierung insbesondere das Verhältnis zwischen Bürger/innen und Verwaltung. Unter anderem soll der Umgang und die Kommunikation mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen erleichtert werden, in dem der Einsatz der Deutschen Gebärdensprache und lautsprachbegleitender Gebärden anerkannt und verankert wird. Zudem werden Aufgaben und Befugnisse eines Landesbehindertenbeauftragten festgeschrieben und die Belange von Frauen mit Behinderungen besonders berücksichtigt.

Zwar hat das Gesetz nur unmittelbare Gültigkeit für den Bereich der Landesverwaltung; kommunale Behörden und privatwirtschaftliche Unternehmen sind jedoch aufgefordert, dem Beispiel der Landesregierung zu folgen.

Die Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sowie die Bunte Liste stellten zu den Haushaltsberatungen 2006 Anträge zur Einrichtung der Stelle eines Behindertenbeauftragten an die Verwaltung. Damit wurden auch die Anliegen der Behindertenverbände aufgegriffen und unterstützt:

- Antrag Nr. 94/2005 „Behindertenbeauftragte(r)“ der SPD,
- Antrag Nr. 104/2005 „Schaffung der Stelle eines/einer Beauftragten für Menschen mit Behinderung“ Bündnis 90/ DIE GRÜNEN,
- Antrag Nr. 156/2005 „Umsetzung der Aufgabenstellung eines Beauftragten für behinderte Menschen“ der CDU,
- Antrag Nr. 211/2006 „Behindertenbeauftragte(r)“ der Bunten Liste Mannheim.

2. Organisation und Vernetzung der Stelle

Mit Wirkung vom 18.05.2006 wurde Herr Klaus Dollmann als Beauftragter für Menschen mit Behinderungen der Stadt Mannheim eingesetzt.

Organisatorisch wurde die Stelle dem Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren zugeordnet, weil hier wesentliche Zuständigkeiten für behinderte Menschen gebündelt sind und ein unmittelbarer Einfluss auf die Gestaltung von Leistungen möglich ist.

Die Stelle ist im Planungsbüro des Fachbereiches Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren angesiedelt. Dies bringt verschiedene Vorteile. Im Fachbereich werden zentrale Aufgaben für den Personenkreis der Menschen mit Behinderungen wahrgenommen; wie z. B. die Eingliederungshilfe und die Betreuung der Schwerbehinderten. Im Planungsbüro selbst werden zentrale Planungen für den Personenkreis der Menschen mit Behinderungen vorangetrieben. Mit der unmittelbaren Verbindung zum operativen Planungsbereich kann der neue Beauftragte auf die Ressourcen und Erfahrung dieser Bereiche direkt zugreifen.

3. Aufgabenprofil des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Aufgabe des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen ist es, dazu beizutragen, die Integration und selbstbestimmte Lebensführung von Menschen mit Behinderungen sowie die Normalisierung in allen Lebensbereichen der städtischen Gemeinschaft zu erreichen. Ziel dabei ist nicht, Sonderlösungen für Menschen mit Behinderungen zu finden.

Ausgelöst durch mehrere Mandate der Europäischen Kommission wird seit einiger Zeit in den Normenorganisationen unter dem Stichwort "Design for all" ein Themenkomplex diskutiert, der in Zukunft erhebliche Bedeutung für die Diskussion um Barrierefreiheit gewinnen wird. Dabei geht es um den Entwurf von Produkten und Umgebungen, die für alle Menschen nutzbar sind, soweit irgend möglich ohne die Notwendigkeit von Anpassungen oder von Sonder-Designs. Diese Kriterien sollen Maßstab für alle künftigen Planungen, Entwicklungen und Projekte bzw. Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen sein.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen wird im Wesentlichen folgende Funktionen wahrnehmen:

- Er ist direkter Ansprechpartner für alle Menschen mit Behinderungen.
- Er ist Bindeglied zwischen den behinderten Menschen und der Verwaltung.

-
- Ihm obliegen eine Koordinierungsfunktion und eine Informationsaufgabe gegenüber Verbänden, Gruppen und Institutionen, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen gestalten.
- Und nicht zuletzt soll er Empfehlungen und Anregungen erarbeiten, die die Integration und Gleichstellung von behinderten Menschen fördern.

Zu den Aufgaben des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen zählen im Einzelnen:

- Bestandsaufnahme der Hilfeangebote für Menschen mit Behinderungen,
- Ermittlung von Bedarfen, Interessen und Erwartungen von Menschen mit Behinderungen,
- Sammlung von Informationen über behindertenrelevante Fragestellungen,
- Regelmäßige Gespräche, Foren und Veranstaltungen zu aktuellen Behindertenfragen,
- Abrufen und Bündelung von Informationen der Fachämter über die Belange von Menschen mit Behinderungen,
- Präsenz bei wichtigen öffentlichen Terminen, die Menschen mit Behinderungen betreffen,
- Weiterleitung von Anfragen, Anregungen und Beschwerden an die zuständigen Stellen,
- Erarbeitung von Stellungnahmen, Berichten und Vorlagen zur Lage von Menschen mit Behinderungen,
- Entwicklung von Konzepten, Projekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen.

4. Aktivitäten des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen im Jahr 2006

Nach Übertragung der Aufgaben im Juni 2006 stand zunächst die Orientierung im Arbeitsfeld der Behindertenhilfe in Mannheim im Mittelpunkt der Aktivitäten. Zahlreiche Gespräche mit den Fachleuten in der Behindertenhilfe dienten dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Bekanntmachen des neuen Beauftragten und seiner Funktion.

Einrichtungen der Behindertenhilfe wurden persönlich aufgesucht, um einen unmittelbaren Eindruck über die Angebote und Dienstleistungen, Umfang und Qualität sowie die Bedarfe und Probleme zu erhalten.

Darüber hinaus hat sich der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in einer Reihe von Gremien und Netzwerken vorgestellt (AG Barrierefreiheit, Planungsgespräche mit älteren Menschen, Stadtpflegeausschuss, Gerontopsychiatrisches Forum) und hatte dort Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und Schnittstellen auszuloten.

5. Geplante Aktivitäten 2007

In der Gemeinderatsitzung am 04.10.2006 ist der Antrag Nr. 345/2006 „Behindertenbeauftragter“ der CDU beschlossen worden, wonach der Sozialausschuss „über den Aufgabenplan und die beabsichtigten Aktivitäten des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007 informiert“ werden soll.

Bei den vielfältigen Handlungsmöglichkeiten für einen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen kommt es wesentlich darauf an, die vorhandenen Potenziale und Ressourcen zielgerichtet und effektiv einzusetzen. Dabei gilt es, sinnvolle Ansätze, die in Mannheim vorhanden sind, zu unterstützen und zu befördern. Insbesondere gilt das für zentrale Gestaltungsbereiche wie Wohnen, Beschäftigung und Mobilität.

Im Folgenden werden die vorgesehenen Arbeitsschwerpunkte des städtischen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen für das Jahr 2007 vorgestellt:

Wohnen

Bis zum Ende des ersten Quartals 2007 werden die Vertreter des Fachbereiches Wohnen und Stadterneuerung sowie der großen Wohnungsbaugesellschaften zu einer Expertenrunde eingeladen. Dort wird die Situation des behindertengerechten Wohnraumes in Mannheim thematisiert. Ziel dabei ist es langfristig, die vielfältigen Aktivitäten in diesem Handlungsfeld zu verdeutlichen und konkrete Zielvorgaben für die nächste Zeit zu verabreden. Die Ergebnisse werden mit den Behindertenverbänden rückgekoppelt.

Behindertengerechter Wohnraum ist in Mannheim nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Deshalb steht die Schaffung behindertengerechten Wohnraums auf der Agenda von Wohnungsbaugesellschaften, besonders bei der GBG. Erwähnenswert sind hier die Umbaulösungen bei der Sanierung von Hochparterrewohnungen mit einem Zugang über die Balkonseite. Der Grundsatz „Design for all“ gilt vor allem auch für die behindertengerechte Wohnraumschaffung sowie sowohl bei den Neubauten als auch bei Modernisierungs- und Sanierungsvorhaben, und zwar so, dass sie zweckmäßig für alle Menschen ist.

Beschäftigung

Im zweiten Quartal 2007 wird in einer Expertenrunde die Situation der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen thematisiert.

Die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkt der Stadt Mannheim erschwert die Erwerbsintegration von Menschen mit Behinderungen. Durch Rationalisierung von Arbeitsabläufen fallen zunehmend einfache Arbeiten weg. Die Verlagerung einfacher Arbeiten ins Ausland als Folge der Globalisierung hat zusätzlich nachteilige Auswirkungen für diesen Personenkreis, der auf einfache Tätigkeiten angewiesen ist. Deshalb drängen auch immer mehr Personen, die bisher wenn auch mit Einschränkungen auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigung gefunden haben, in

die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Das Angebot an Werkstattplätzen wurde in den zurückliegenden Jahren insgesamt ausgebaut, entwicklungsbedürftig ist demgegenüber die Zahl der Integrationsbetriebe in Mannheim.

Integrationsbetriebe sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die sich in besonderem Maße die Beschäftigung schwervermittelbarer schwerbehinderter Menschen zur Aufgabe machen. Ziel der Integrationsprojekte ist es, die berufliche Zusammenarbeit behinderter und nichtbehinderter Menschen zu fördern sowie Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen unter Marktbedingungen zu schaffen bzw. sie für die dauerhafte Beschäftigung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Ziel der Expertenrunde ist neben der Bestandsaufnahme die gemeinsame Vereinbarung von Handlungsschwerpunkten für einen überschaubaren Zeitraum in den nächsten Jahren.

Mobilität

Die Mobilität von Menschen mit Behinderungen hat sich in der zurückliegenden Zeit, besonders durch zahlreiche Aktivitäten der Behindertenverbände positiv entwickelt. Im Innenstadtbereich haben die Aktivitäten weitgehend dazu geführt, Barrieren abzubauen oder abzumildern. Von Seiten der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH wird die AG Barrierefreiheit als Ansprechpartner ernst genommen. Das hat erfreulicherweise zu vielen Verbesserungen nicht nur für Menschen mit Behinderungen geführt. Besonders ältere Menschen, aber auch Familien mit Kinderwagen profitieren von diesen Verbesserungen. Investitionen in den ÖPNV kommen immer auch den Menschen mit Behinderungen zugute.

Es werden daher die Aktivitäten der AG Barrierefreiheit für eine behindertengerechte Mobilität in der Metropolregion Rhein-Neckar unterstützt.

Aufbau eines Netzwerkes Behindertenhilfe

Die Belange der behinderten Menschen in der Stadt Mannheim werden bisher von den Behindertenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und vielen ehrenamtlich Aktiven mit großer Intensität vertreten. Für eine echte und wirkungsvolle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, die das Ziel der Gleichstellung behinderter Menschen in allen Lebensbereichen verfolgt, ist die stärkere Vernetzung aller in diesem Aufgabenfeld Tätigen erforderlich. Den geplanten Expertenrunden zum Thema Wohnen und Beschäftigung wird im 3. Quartal 2007 ein offenes Forum mit dem Thema „Menschen mit Behinderungen“ in Mannheim folgen, zu dem Vertreterinnen und Vertreter professioneller und ehrenamtlicher Behindertenarbeit eingeladen werden. Ziel dieses Forums ist der Aufbau eines dauerhaften Netzwerkes „Behindertenhilfe Mannheim“. Dies ist ein wichtiger Schritt zu einer noch besseren Kooperation.

Überregionale und interkommunale Vernetzung

Die Metropolregion Rhein-Neckar ist eine wichtige Ebene zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderungen. Dazu ist eine enge Kooperation der Beauftragten der Region förderlich. Erste Treffen des Mannheimer Beauftragten mit den Beauftragten für behinderte Menschen von Ludwigshafen und Schwetzingen haben inzwischen schon stattgefunden.

Der Austausch mit anderen Beauftragten für behinderte Menschen soll auch durch regelmäßige Treffen der Beauftragten der größeren Städte in Baden-Württemberg intensiviert werden. Erfahrungen können so für die Region nutzbar gemacht werden.

Symposium 2007 „Leben und Behinderung im Alter“

Aus den Reihen des Gemeinderates wurde gefordert, die Aufbruchstimmung des Jubiläumsjahres 2007 der Stadt Mannheim auch für die Belange behinderter Menschen sinnvoll zu nutzen. So hat die CDU mit Antrag Nr. 128/2006 „FB 50: Leben mit Behinderung im Alter“ beantragt, eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung zum Thema "Leben mit Behinderung im Alter" durchzuführen. Eine solche Veranstaltung wird von dem städtischen Beauftragten für die zweite Jahreshälfte 2007 vorbereitet.

Das Thema der Behinderung im Alter bekommt aufgrund der demografischen Entwicklung eine immer größere Bedeutung, da immer mehr Menschen mit Behinderungen auch immer höhere Lebensalter erreichen.

Ressortübergreifender Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen in Mannheim

Eine wesentliche Aufgabe des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen wird es sein, eine regelmäßige Berichterstattung über die Lebenslagen behinderter Menschen zu initiieren. Ziel dieser Sozialberichterstattung ist es, ein Konzept zur Integration und Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen zu entwickeln. Wesentliche Bestandteile eines solchen Integrationskonzeptes sind die Stärkung der Autonomie der Menschen mit Behinderungen, eine bedarfsgerechte Infrastruktur und Angebotsvielfalt, der weitere Ausbau ambulanter wohnortnaher Dienstleistungen und integrativer Angebote, eine barrierefreie Stadtentwicklung und eine gemeinsame Planung für die Menschen mit Behinderungen und mit den Menschen mit Behinderungen.

Ein Beispiel dazu hat vor kurzem die Stadt Heidelberg gegeben, die eine entsprechende Bestandsaufnahme vorgenommen hat. Diese Bestandsaufnahme für „Menschen mit Behinderung in Heidelberg“ wird als sinnvolle Anregung gesehen.



Antrag Nr. **94/2005**

Gemeinderatsfraktion der Stadt Mannheim

Herrn
Oberbürgermeister
Gerhard Widder
Rathaus, E 5

68159 Mannheim

DER OBERBÜRGERMEISTER	
Abt. Ratsangelegenheiten	
Eingang: Antrag / Anfrage	
19. April 2005	
Forderführendes Dezernat: I	Mitzeichnendes Dezernat: III

19. April 2005



Behindertenbeauftragte(r)

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 3. Mai 2005

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung richtet die Stelle eines/einer Behindertenbeauftragten ein.

Begründung :

Die Zahl der Behinderten steigt von Jahr zu Jahr. Ihre Anliegen sind sowohl in baulicher, sozialer und kultureller Hinsicht vielfältig und brauchen eine Koordinierungsstelle in der Verwaltung. Ehrenamtlich kann diese Arbeit nicht mehr geleistet werden. Es ist notwendig, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens die Belange der Behinderten zu berücksichtigen.

SPD-Gemeinderatsfraktion

Dr. Frank Mentrup
Vorsitzender

Roland Weiß (MdL)
Stadtrat

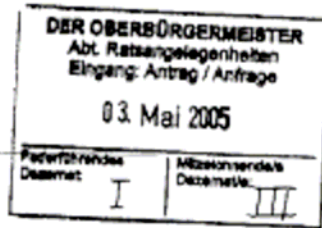
Ulrich Schäfer
Stadtrat

Marianne Bade
Stv. Vorsitzende

Antrag Nr. **104/2005** **BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT**

Bündnis 90/Die GRÜNEN im Gemeinderat, Rathaus, E. 5, 68159 Mannheim

An den
Oberbürgermeister
Gerhard Widder
Rathaus, E 5
68159 Mannheim



der Stadt Mannheim

Tel.: (0621) 293-9403
Fax: (0621) 156 1800
Internet: www.gruene-mannheim.de
Email: info@gig-mannheim.de

02.05.05

Antrag zur Sitzung des Gemeinderats am 03.05.05

**Schaffung der Stelle eines / einer Beauftragten für Menschen mit
Behinderung**

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

Es wird die Stelle eines / einer Beauftragten für Menschen mit Behinderung geschaf-
fen.

Begründung:

Eine Politik, die Menschen mit Behinderung gerecht werden will, muss die Hinweise, Vorschläge und Meinungen von den Betroffenen selbst stark mit einbeziehen. Ein Beauftragter / eine Beauftragte für Menschen mit Behinderung kann deren Belangen in allen Politikfeldern Gehör verschaffen, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken und fest im Alltag der Gesellschaft verankern.

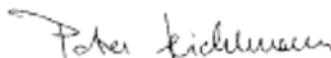
Gleichzeitig kann er als unabhängige Beschwerdestelle für Menschen mit Behinderung dienen und dadurch, dass alle Beschwerden und Hinweise bei ihm aufgenommen und gebündelt werden, dazu beitragen, bestehende Defizite in den Stadtteilen schnell zu erkennen und zu beheben.

Mit freundlichem Gruß,

Miriam Caroll

Mathias Meder

Wolfgang Raufelder


Petra Seidelmann


Gabriele Thirion-Brenneisen

Anlage 3:

Antrag Nr. **156/2005**

GEMEINDERATSFRAKTION MANNHEIM

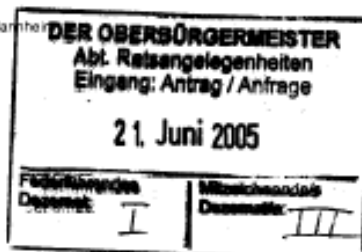


Geschäftsstelle im Rathaus E 5,
68159 Mannheim

CDU-Gemeinderatsfraktion - Postfach 103051 - 68030 Mannheim

Oberbürgermeister der
Stadt Mannheim
Herr Gerhard Widder
Rathaus E 5

68030 Mannheim



Postfach 103051
68030 Mannheim

Telefon (0621) 2 93 - 2190
Telefax (0621) 2 93 - 9440
E-Mail: cdu@mannheim.de

16. Juni 2005

2005-06-01-behindertenbeauftragter

Antrag zur Sitzung des Hauptausschusses am 21. Juni 2005 zu TOP 3

Umsetzung der Aufgabenstellung eines Beauftragten für behinderte Menschen

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung legt eine Konzeption vor, aus der hervorgeht, wie die Aufgabenstellung eines Beauftragten für behinderte Menschen im Rahmen der derzeitigen Stellensituation umgesetzt werden kann.

Begründung:

Die Belange von behinderten Menschen stellen im verstärkten Maße eine öffentliche Aufgabe dar. Eine Koordinierung sollte durch das zuständige Dezernat der Stadtverwaltung erfolgen.

Carsten Südmersen
Fraktionsvorsitzender

Regina Trösch
Stadträtin

Erwin Feike
Stadtrat

Dr. Sven-Joachim Otto
Stadtrat

Anlage 4:

Antrag Nr. **128/06**

GEMEINDERATSFRAKTION MANNHEIM



Geschäftsstelle im Rathaus E 5,
68159 Mannheim

CDU-Gemeinderatsfraktion · Postfach 103051 · 68030 Mannheim

Oberbürgermeister der
Stadt Mannheim
Herrn Gerhard Widder
Rathaus E 5

68030 Mannheim

DER OBERBÜRGERMEISTER Abt. Ratsangelegenheiten Eingang: Amtliche Eingänge	
14. Feb. 2006	
Federführendes Dezernat: III	Witkowskidezernat Dezernat:

Postfach 103051
68030 Mannheim

Telefon (06 21) 2 93 - 2190
Telefax (06 21) 2 93 - 94 40
E-Mail: cdu@mannheim.de

13. Februar 2006

ANTRAG
zu den Etatberatungen am 20.-22. Februar 2006

FB 50: Leben mit Behinderung im Alter
Einzelplan 4

Der Gemeinderat möge beschließen:

Anknüpfend an den Grundlagenbericht zur Mannheimer Altenhilfeplanung aus dem Jahre 2001 und dem Umsetzungsprogramm zum Stadtpflegerbericht Mannheim 2004 legt die Verwaltung dem Gemeinderat ihre Perspektiven vor, wie die Aufgaben hinsichtlich des Altersruhestandes von Menschen mit Behinderung gemeistert werden können.

Zur Vorbereitung der Konzeption der Verwaltung wäre in Ergänzung der Symposien zur Pflege ein Symposium: „Leben mit Behinderung im Alter“ ausgesprochen hilfreich, um den differenzierten Anforderungen gerecht werden zu können.

Das Symposium soll sich mit der Beteiligung der freien Träger und der betroffenen Organisationen an der Entwicklung und der Konzeption zur Bewältigung der Aufgabe beschäftigen.

Begründung:

Menschen mit Behinderung erreichen inzwischen ein Alter, wie andere nichtbehinderte Menschen auch. Damit erfahren sie einen Lebensabschnitt jenseits der beruflichen Tätigkeit oder einer Arbeit in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung.

Auf diese Entwicklung sollten sich Verwaltung, die freien Träger und die betroffenen Organisationen gemeinsam vorbereiten.

Carsten Südmersen
Fraktionsvorsitzender

Konrad Schlichter
Stellvertr. Fraktionsvors.

Dr. Adelheid Weiss
Stellvertr. Fraktionsv.

Dr. Jens Kirsch
Stadtrat

Antrag Nr. **2.11/06**

BunteListe
MANNHEIM
Freie Unabhängige Wählervereinigung

An den
Oberbürgermeister
Gerhard Widder
Rathaus E 5
68159 Mannheim

DER OBERBÜRGERMEISTER Abt. Ratsangelegenheiten Eingang: Antrag / Anfrage	
17. Feb. 2006	
Federführendes Dezernat: <i>OB</i>	Mitzeichnende/s Dezernat/e: <i>III</i>

Rathaus E 5
68159 Mannheim
Tel.: 0621 / 293-9401
Fax: 0621 / 293-9550
BLM@mannheim.de

17. Februar 2006

Antrag
zur Sitzung des Gemeinderats (Haushaltsentwurf)

Behindertenbeauftragte/r

Der Gemeinderat möge beschließen:

In Analogie und unmittelbarer Nachbarschaft zur Beauftragten für bürgerliches Engagement wird beim Dezernat OB eine Stabsstelle für Menschen mit Behinderung aus Mannheim eingerichtet.

Begründung:

Nicht alle Menschen mit Behinderung können sich mit ihren Sorgen an Schwerbehindertenbeauftragte wenden, wie sie auf gesetzlicher Grundlage in Betrieben und Verwaltungen eingerichtet sind. Als Anlaufstelle für diese Menschen mit Behinderung soll daher im Rathaus, ebenerdig neben der Ehrenamtsbeauftragten ein barrierefrei zu erreichendes Büro eingerichtet werden. Zur Finanzierung der neuen Stabsstelle sollen freiwerdende Mittel, ggf. eine Stelle durch Versetzung bei der anstehenden Auflösung des Lastenausgleichsamtes herangezogen werden.

Stadtrat
Dr. Gerhard Schöffner



Anlage 6:

Antrag Nr. 395.../06.

GEMEINDERATSFRAKTION MANNHEIM



Geschäftsstelle im Rathaus E 5,
68159 Mannheim

CDU-Gemeinderatsfraktion - Postfach 103051 - 68030 Mannheim

Postfach 103051
68030 Mannheim

Oberbürgermeister der
Stadt Mannheim
Herrn Gerhard Widder
Rathaus E 5

68030 Mannheim

DER OBERBÜRGERMEISTER Abt. Ratsangelegenheiten Eingang: Antrag / Anfrage	
19. Sep. 2006	
Federführendes Dezernat:	Mitzeichnendes Dezernat/er:

Telefon (06 21) 2 93 - 2190
Telefax (06 21) 2 93 - 94 40
E-Mail: cdu@mannheim.de

18. September 2006
2006-10-07-behindertenbeauftragter

ANTRAG
zur Gemeinderatssitzung am 4. Oktober 2006

Behindertenbeauftragter

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Sozialausschuss wird über den Aufgabenplan und die beabsichtigten Aktivitäten des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007 informiert.

Die Verwaltung legt insbesondere dar, welche Aktivitäten in Mannheim für das Internationale Jahr der Behinderten geplant sind.

Begründung

Der Gemeinderat hat sich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters für die Einrichtung eines Behindertenbeauftragten ausgesprochen. Diese Stelle ist zwischenzeitlich besetzt. Der Stelleninhaber wurde im Sozialausschuss vorgestellt.

Der Sozialausschuss soll nunmehr umfassend über die Aufgaben und inhaltlichen Planungen des Behindertenbeauftragten informiert werden. Insbesondere wird eine Darstellung der Jahresplanung 2007 erwartet.

Carsten Südmersen
Fraktionsvorsitzender

Konrad Schlichter
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Regina Trösch
Stadträtin